



**Stephan Brandner**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stephan Brandner, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

Offener Brief an den  
Präsidenten des Bundesamtes  
für Verfassungsschutz

Thomas Haldenwang

Berlin, 23.04.2020

### **Besuche in Abgeordnetenbüros nach politisch motivierten Anschlägen**

Sehr geehrter Herr Haldenwang,

der Medienberichterstattung konnte ich entnehmen, dass Sie das Büro des Bundestagsabgeordneten Lindh in Wuppertal besucht haben, das durch einen linksextremistischen Anschlag beschädigt wurde; der Besuch sei – so werden Sie zitiert – „ein Zeichen der Solidarität unter Demokraten“. Anschläge auf die Wahlkreisbüros und selbst die privaten Häuser und Fahrzeuge von Abgeordneten, Funktionären oder auch "einfache" Mitglieder der politischen Parteien sind heute leider fast schon an der Tagesordnung. Keine andere Partei ist davon, also von politisch motivierter Gewalt, so betroffen, wie die AfD. Allein der Vizepräsident des Thüringer Landtages, Prof. Dr. Michael Kaufmann, ist seit seiner Wahl im vergangenen Jahr sechs Mal Opfer von politisch motivierten Angriffen auf sein Büro in Saalfeld geworden. Meine Büros in Gera und Erfurt waren und sind ebenfalls häufig von Sachbeschädigung betroffen, auch Morddrohungen sind keine Seltenheit.

Bitte lassen Sie mich wissen, nach welchen Kriterien Sie das Abgeordnetenbüro von Herrn Lindh für ihren Besuch ausgewählt haben; sollte dies ausschließlich deshalb geschehen sein, weil Sie in Wuppertal privat ansässig sind, bitte ich um Mitteilung, welcher Ihrer Mitarbeiter nach dieser Maßgabe für Thüringen (dort: Erfurt/ Gera) "zuständig" ist. Meines Erachtens ist es für eine politisch neutrale, ausgewogene Amtsführung zwingend erforderlich, dass Sie bzw. Ihre (leitenden) Mitarbeiter nun auch Besuche in attackierten Büros anderer Abgeordneter, die (sämtlichen) anderen Parteien angehören, planen oder durchführen. Wie ist insoweit Ihr weiteres Vorgehen? Gerne lade ich Sie auch in eines meiner Büros ein (oder komme bei Ihnen vorbei, wie ich es ja bereits vergeblich für den 27.2.2020 geplant hatte), um über die Auswirkungen politisch motivierter Gewalt auf Abgeordnete, deren Mitarbeiter und Büros zu diskutieren. Teilen Sie einfach einen Ihnen genehmen Termin mit.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Brandner